

zur Vorlage Nr. _____/2019

an den Kreistag vom 18.07.2019

Testatsexemplar

Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH
Karlsruhe

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS**

Inhaltsverzeichnis

Seite

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2018.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2018.....	4
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2018.....	6
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2018.....	7
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018.....	17
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

BRLK GmbH
Gesellschaft für Biomüll und Recycling
im Landkreis Karlsruhe mbH

JAHRESABSCHLUSS

und

LAGEBERICHT

für das Jahr

2018

Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH

Werner-von-Siemens-Straße 2-6

76646 Bruchsal

☎ 07251/9820-6408

Fax 07251/9820-5111

Jahresabschluss 2018

1. Bilanz zum 31.12.2018	4
2. Gewinn- und Verlustrechnung für 2018	6
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2018	7
3.1 Allgemeine Hinweise.....	7
3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	7
3.3 Erläuterungen zur Bilanz.....	8
3.4 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen.....	9
3.5 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	10
3.6 Sonstige Angaben.....	11
3.7 Gewinnverwendungsvorschlag.....	12
3.8 Nachtragsbericht.....	12
Anlagennachweis für das Wirtschaftsjahr 2018.....	14
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	17

BRLK - Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH
1. Bilanz zum 31. Dezember 2018

AKTIVA	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Softwarelizenzen	0,00	38,00
II. Sachanlagen		
1. Bauten auf fremden Grundstücken	17.202,00	11.417,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	29.281,00	146.401,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>127.236,00</u>	<u>125.221,00</u>
	173.719,00	283.039,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	<u>25.615,72</u>	23.853,65
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	46.029,01	20.097,31
2. Forderungen gegenüber Gesellschafter	226.392,07	40.150,11
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>819,72</u>	<u>5.984,03</u>
	<u>273.240,80</u>	66.231,45
III. Flüssige Mittel	<u>1.701.110,25</u>	<u>1.941.130,33</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,00</u>	<u>2.761,04</u>
	<u>2.173.685,77</u>	<u>2.317.053,47</u>

PASSIVA31.12.2018
EUR31.12.2017
EUR**A. EIGENKAPITAL**

I. Gezeichnetes Kapital	1.533.875,64	1.533.875,64
II. Gewinnvortrag	181.438,11	181.438,11
III. Jahresüberschuss	<u>67.717,63</u>	<u>58.659,46</u>
	<u>1.783.031,38</u>	<u>1.773.973,21</u>

B. RÜCKSTELLUNGEN

1. Steuerrückstellungen	4.504,60	314,74
2. Sonstige Rückstellungen	<u>61.300,00</u>	<u>57.879,50</u>
	<u>65.804,60</u>	<u>58.194,24</u>

C. VERBINDLICHKEITEN

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	337.452,79
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	302.926,42	132.242,21
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>21.923,37</u>	<u>15.191,02</u>
	<u>324.849,79</u>	<u>484.886,02</u>

2.173.685,77 2.317.053,47

BRLK - Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH
2. Gewinn- und Verlustrechnung für 2018

	2018		2017
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		2.479.677,38	2.108.141,41
2. Sonstige betriebliche Erträge		7.637,60	23.911,14
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-17.414,68		-10.842,02
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-940.671,01</u>		<u>-841.466,18</u>
		<u>-958.085,69</u>	<u>-852.308,20</u>
		1.529.229,29	1.279.744,35
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-531.487,10		-419.583,56
b) Soziale Abgaben	<u>-142.904,32</u>		<u>-118.975,32</u>
		-674.391,42	-538.558,88
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-156.563,69	-150.291,35
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-596.397,94	-498.655,48
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.808,44		5.214,80
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-7.137,11</u>		<u>-16.396,45</u>
(Zinsergebnis)		<u>-5.328,67</u>	<u>-11.181,65</u>
9. Ergebnis vor Steuern		96.547,57	81.056,99
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>-26.268,14</u>	<u>-20.267,73</u>
11. Ergebnis nach Steuern		70.279,43	60.789,26
12. Sonstige Steuern		<u>-2.561,80</u>	<u>-2.129,80</u>
13. Jahresüberschuss		<u>67.717,63</u>	<u>58.659,46</u>

BRLK - Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH

3. Anhang für das Geschäftsjahr 2018

3.1 Allgemeine Hinweise

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt.

Die Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB. Sie ist im Handelsregister von Mannheim unter HRB 106302 eingetragen. Aufgrund von ergänzenden Bilanzierungsvorschriften aus dem Gesellschaftsvertrag wurde der Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurden Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und davon-Vermerke in diesem Anhang ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Erträge werden als positive Werte ausgewiesen, Aufwendungen als negative Werte.

Seit Dezember 2004 ist der Landkreis Karlsruhe alleiniger Gesellschafter. Forderungen oder Verbindlichkeiten gegen den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises werden deshalb als Forderungen an Gesellschafter oder Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter und nicht als Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurden die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und wird, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 250,00 EUR werden sofort als Betriebsausgaben abgesetzt.

Anlagegüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 250,00 EUR und 1.000,00 EUR betragen, werden in einem Sammelposten zusammengefasst. Die Abschreibung dieses Sammelpostens erfolgt über einen Zeitraum von 5 Jahren mit jeweils 20% p.a.

Die abnutzbaren Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungswert 1.000,00 EUR überschreitet, werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear auf die Geschäftsjahre verteilt, in denen der Vermögensgegenstand voraussichtlich genutzt werden kann. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig.

Unter den **Vorräten** sind Ersatzteile mit ihren Kaufpreisen angesetzt. Risiken aus überdurchschnittlicher Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch pauschale Abwertungen berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und **Flüssige Mittel** sind zum Nennwert angesetzt. Wertberichtigungen sind nicht erforderlich.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind vor dem Abschluss-Stichtag getätigte Ausgaben zum Nennwert, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen.

Die **Steuerrückstellungen** und die **Sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

3.3 Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sämtliche Forderungen sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Forderungen gegenüber dem Gesellschafter resultieren aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr und sind innerhalb eines Jahres fällig.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Jahresabschlusskosten, personalbezogene Aufwandspositionen sowie noch ausstehende Lieferantenrechnungen.

Verbindlichkeiten

	31.12.2018			31.12.2017			
	gesamt	Restlaufzeit		gesamt	Restlaufzeit		
		bis	über		bis	1 bis	über
	TEUR	1 Jahr	1 Jahr	TEUR	1 Jahr	5 Jahre	5 Jahre
		TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	337,5	337,5	-	-
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	302,9	302,9	-	132,2	132,2	-	-
3. Sonstige Verbindlichkeiten	21,9	21,9	-	15,2	15,2	-	-
- davon aus Steuern	(7,7)	(7,7)	-	(6,6)	(6,6)	-	-
- davon im Rahmen der Sozialen Sicherheit	(2,6)	(2,6)	-	(1,3)	(1,3)	-	-
	<u>324,8</u>	<u>324,8</u>	-	<u>484,9</u>	<u>484,9</u>	-	-

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffend ein Darlehen für die Müllumladestation (i.V. TEUR 337,5) wurden nach Ablauf der Zinsbindung im Jahr 2018 vollständig getilgt.

Der hohe Stand der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ergibt sich, weil die Rechnungen für die Zugtransporte der Monate Oktober bis Dezember (rd. TEUR 211) erst Mitte Dezember eingingen und im Januar 2019 zur Zahlung fällig waren.

3.4 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse bestehen zum 31. Dezember 2018 nicht.

3.5 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren weitgehend aus Betreiberverträgen mit dem Gesellschafter. Sie verteilen sich auf folgende Bereiche:

Müllumladung	1.239 TEUR
Deponiebetrieb	561 TEUR
Kombihöfe	441 TEUR
Gasverwertung	72 TEUR
Deponiebetreuung, Außendienst	15 TEUR
Sonstiges	147 TEUR
Verkäufe	5 TEUR
Gesamtumsatz	2.480 TEUR

Alle Geschäfte mit dem Gesellschafter fanden zu marktüblichen Konditionen statt.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich hauptsächlich aus Erstattungen von Versicherungen (TEUR 5,5).

Materialaufwand

Beim Materialaufwand machen den größten Anteil die Aufwendungen für bezogene Leistungen aus. Enthalten sind im Wesentlichen die Zugtransporte (TEUR 720) und die Behälterabfuhr von den Kombihöfen (TEUR 130).

Personalaufwand

Der Personalaufwand enthält die Löhne und Gehälter und Sozialabgaben für die eigenen Mitarbeiter.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Hier sind im Wesentlichen Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung (TEUR 271,1), für Fremdpersonal (TEUR 72,5), für Versicherungen (TEUR 47,1), für die

Miete der Container auf den Kombihöfen (TEUR 69,7) sowie für Heiz- und Treibstoffe (TEUR 11,0) ausgewiesen.

3.6 Sonstige Angaben

Mitarbeiter

Am 31. Dezember 2018 waren als Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig: 1 Deponieleiter, 2 technischer Angestellter, 2 Kassenmitarbeiter, 6 Deponiearbeiter und 27 geringfügig Beschäftigte (Minijobs). Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (ohne die Geschäftsführung) betrug 36 Mitarbeiter. In der Summe entspricht dies 15,8 Vollzeitstellen.

Geschäftsführung

Dipl.-Geologe Uwe Bartl, Ubstadt-Weiher

An die Geschäftsführung wurden im Berichtsjahr 4.680,00 EUR vergütet.

Verwaltungsrat

Landrat Dr. Christoph Schnaudigel

Dem Verwaltungsrat wurden innerhalb des Geschäftsjahres keine Sitzungsgelder vergütet.

Prüfungsgebühren

Für das Geschäftsjahr beträgt das Honorar des Abschlussprüfers 6.500,00 EUR.

Anlage 1

3.7 Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss von 67.717,63 EUR auszuschütten und den Gewinnvortrag von 181.438,11 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

3.8 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, liegen nicht vor.

Karlsruhe, den 12. März 2019



Uwe Bartl
Geschäftsführer

Anlagennachweis für das Wirtschaftsjahr 2018

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			
	01.01.2018	Zugänge	Abgänge	31.12.2018
	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Softwarelizenzen	706,70	0,00	0,00	706,70
II. Sachanlagen				
Bauten auf fremden Grundstücken	259.136,45	16.826,72	0,00	275.963,17
Technische Anlagen und Maschinen	3.072.178,35	0,00	0,00	3.072.178,35
Betriebs- und Geschäftsausstattung	454.038,21	30.378,97	4.217,50	480.199,68
Summe	3.785.353,01	47.205,69	4.217,50	3.828.341,20
Gesamtsumme	3.786.059,71	47.205,69	4.217,50	3.829.047,90

01.01.2018	Abschreibungen			Buchwerte	
	Zugänge	Abgänge	31.12.2018	31.12.2018	31.12.2017
€	€	€	€	€	€
668,70	38,00	0,00	706,70	0,00	38,00
247.719,45	11.041,72	0,00	258.761,17	17.202,00	11.417,00
2.925.777,35	117.120,00	0,00	3.042.897,35	29.281,00	146.401,00
328.817,21	28.363,97	4.217,50	352.963,68	127.236,00	125.221,00
3.502.314,01	156.525,69	4.217,50	3.654.622,20	173.719,00	283.039,00
3.502.982,71	156.563,69	4.217,50	3.655.328,90	173.719,00	283.077,00

BRLK - Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

Im Dezember 2004 hat der Landkreis Karlsruhe die Geschäftsanteile der U-plus Umweltservice AG (70 %) erworben und ist damit alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH (BRLK) geworden. Die BRLK ist somit eine Eigengesellschaft des Landkreises. Auf Grundlage eines Rahmenvertrages vom 12. Mai 1992 ist die BRLK mit der Erledigung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben vom Landkreis Karlsruhe betraut worden.

Seit 1996 ist die BRLK mit der ersten Stufe der Betriebsführung der Kreismülldeponie Bruchsal beauftragt, die die Personalgestellung, die Jahresvermessung, Analysen sowie die Gaskontrolle umfasst. Seit 1997 beinhalten die Aufgaben zusätzlich die komplette Durchführung des Betriebes der Deponie. Mit Wirkung ab dem 1. Juni 2005 wurden der Leistungsumfang und die Vergütung des Betreibervertrages zwischen der BRLK und dem Landkreis Karlsruhe neu geregelt, da der Mülleinbau vollständig entfiel. Als Vertragsinhalt blieben die Führung der Kleinanlieferstation, die Annahme und Verwiegung sämtlicher Restabfälle im Eingangsbereich und die im Rahmen der Deponienachsorge durchzuführenden Arbeiten.

Seit Beendigung der Deponierung liegt der Aufgabenschwerpunkt auf der Abfallumladung auf die Schiene, dem Zugtransport und auf dem Müllumschlag.

1999 wurde die im Bereich der Deponie Bruchsal von der Gesellschaft im Auftrag des Landkreises Karlsruhe errichtete Müllumladestation (MUST) zum Transport der Abfälle zur Thermoselectanlage Karlsruhe in Betrieb genommen. 2004 wurde der Betrieb der Thermoselectanlage jedoch eingestellt. Seit Juni 2005 werden die brennbaren Restabfälle aus dem Landkreis in der Müllverbrennungsanlage Mannheim entsorgt. Seitdem führt die Gesellschaft die Mülltransporte nicht mehr nach Karlsruhe, sondern jetzt im Vollastbetrieb zur Verbrennungsanlage in Mannheim durch. Daneben erfolgt auch ein Umschlag von gewerblichen Abfälle, die weiter zur Deponie Hamberg im Enzkreis bzw. zur Stoffstromanlage der Suez Süd GmbH in Bruchsal transportiert werden.

Die Entsorgungskonzeption des Landkreises Karlsruhe sieht auch für die kommenden Jahre einen Restmülltransport über Schiene vor. Dadurch ist auch weiterhin der Betrieb der Müllumladestation durch die BRLK geplant. Änderungen können sich bei der Zuständigkeit für den Zugtransport ergeben. Die BRLK hat diese Leistung fremdvergeben. Bei einem Wegfall der Zuständigkeit würden sich die Kosten der BRLK verringern, gleichzeitig auch die Umsätze, weil die Vergütung sich nach tatsächlichen Kosten errechnet.

Durch einen weiteren Betreibervertrag mit dem Landkreis ist die BRLK seit 1998 für die Errichtung und den Betrieb der Gasverwertungsanlagen auf der Deponie Bruchsal zuständig. Bisher ist der Betrieb noch wirtschaftlich. Die sinkenden Gasmengen machten allerdings eine Anpassung der Entgasungstechnik notwendig. Seit Ende 2017 kommt nur noch ein Gasmotor zum Einsatz. Die für 2018 vorgesehene Umrüstung des Motors auf eine Schwachgasverwertung konnte aufgrund noch ausreichender Gasqualität auf 2019 verschoben werden. Da die erhaltenen Betriebsvergütungen an die tatsächlichen Kosten gekoppelt sind, entsteht für die Gesellschaft auch bei schwankenden oder sinkenden Gasmengen kein finanzielles Risiko.

Bereits seit 2005 hat die BRLK eine neue Aufgabe übernommen, indem sie Müllumladungen nicht nur für den Landkreis, sondern in geringem Umfang auch im Auftrag der Suez Süd GmbH durchführt.

Zum Jahr 2009 hat es eine zusätzliche Erweiterung der Aufgabenfelder gegeben. Mit der Rückdelegation des Einsammelns und Beförderns von Abfällen auf den Landkreis wurde der Landkreis Karlsruhe auch für den Betrieb von Wertstoffhöfen und Grünabfallsammelplätzen (Kombihöfe) in sieben Städten und Gemeinden zuständig. Mit der Betriebsführung dieser Einrichtungen wurde die Gesellschaft beauftragt. Seit dem Jahr 2018 sind auch die Höfe auf dem Stadtgebiet Bruchsal hinzu gekommen. Auch hier ist der Betrieb im Jahr 2018 sehr erfolgreich gelaufen.

Seit Ende 2018 ist die Gesellschaft auch mit Kontroll- und Pflegemaßnahmen auf den geschlossenen Landkreisdeponien in Karlsbad-Ittersbach und Karlsruhe-Grötzingen beauftragt. Daneben wurden 2018 auch in geringem Umfang Aufgaben im Außendienst für den Abfallwirtschaftsbetrieb übernommen. Für diese Tätigkeiten ist für 2019 eine Ausweitung geplant.

Den Verlauf der Abfallmengenströme, die die Gesellschaft vertraglich abwickelt, zeigt die nachfolgende Tabelle.

Abfallarten	2015	2016	2017	2018	2019
	Ist-mengen	Ist-mengen	Ist-mengen	Ist-mengen	Plan-mengen
	(Mg/Jahr)	(Mg/Jahr)	(Mg/Jahr)	(Mg/Jahr)	(Mg/Jahr)
Am Eingangsbereich Deponie angenommene Abfälle	77.540	79.110	79.360	71.510	69.590
Per Schiene transportierte Abfälle	59.300	59.720	58.340	57.090	57.700
Umgeschlagene Abfälle (GUP)	27.670	30.420	24.190	24.400	22.730
Anlieferungen an der Kleinanlieferstation Bruchsal	1.780	1.870	1.990	2.090	2.050
Anlieferungen auf den Kombihöfen	5.000	5.180	6.220	11.170	15.800

Die Aufwendungen für eigenes Personal beliefen sich im Jahr 2018 auf TEUR 674 (Vorjahr: TEUR 539). Neben einer Entgeltanpassung ist für den Anstieg in erster Linie die Stellenerhöhung durch mehrere neu hinzugekommene Kombihöfe in Bruchsal verantwortlich. Zudem lief im Sommer 2017 die Personalgestellung durch eine Landkreisgemeinde aus, so dass auch dafür eigenes Personal einzusetzen war. Für Krankheitsausfälle und zur Urlaubsvertretung musste Fremdpersonal eingesetzt werden. Dafür wendete die Gesellschaft TEUR 73 (Vorjahr: TEUR 117) auf.

Die Gesamtaufwendungen (ohne Steuern) der Gesellschaft (TEUR 2.393) lagen rund TEUR 336 über dem Wert des Vorjahres. Dies ergab sich durch den deutlich ausgeweiteten Leistungsumfang. Durch die Vergütung der Betreiberverträge in Abhängigkeit von den tatsächlichen Kosten sind 2018 auch die Umsätze mit dem Landkreis gestiegen. Mit Fremdleistungen konnten rund TEUR 167 (2017: TEUR 107) an Umsätzen erzielt werden, die vor allem durch höhere umgeschlagene Mengen gestiegen sind. Insgesamt lagen die Umsatzerlöse 2018 bei TEUR 2.480 (Vorjahr: TEUR 2.108). Der Jahresüberschuss von rund TEUR 68 liegt deutlich über dem Wert des Vorjahres (TEUR 59) und auch rund TEUR 4,2 über dem im Wirtschaftsplan für 2018 geplanten Wert (TEUR 64).

Nachdem die 2012 vorgesehene vorzeitige vollständige Tilgung des Darlehens, das zur Finanzierung der Müllumladestation aufgenommen worden war, nicht wirtschaftlich war, ist mit Ablauf der Zinsbindung zum 30.06.2018 die vollständige Tilgung des Darlehens erfolgt.

Zur Risikoüberwachung werden regelmäßige Zwischenabschlüsse erstellt und der Geschäftsleitung vorgelegt. Gleichzeitig wird die Tätigkeit der Gesellschaft durch die Beteiligungsverwaltung des Landkreises überwacht. Mit verschiedenen anwachsenden Geschäftsfeldern und einer sehr guten finanziellen Situation ist die Gesellschaft gut für die Zukunft positioniert. Durch künftig mögliche leichte Änderungen in den Aufgabenbereichen sind keine bestandsgefährdenden Risiken zu erwarten.

Für das Jahr 2019 und die Folgejahre wird mit Umsatzerlösen von jeweils 2,0 bis 2,9 Mio. EUR gerechnet, wobei ein eventueller Wegfall des Zugtransportes berücksichtigt wurde. Damit ist mit Jahresergebnissen von TEUR 71 bis TEUR 79, somit etwa auf oder über dem Niveau des Jahres 2018, zu rechnen.

Karlsruhe, den 12. März 2019

Uwe Bartl
Geschäftsführer

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH, Karlsruhe

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH, Karlsruhe, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für Biomüll und Recycling im Landkreis Karlsruhe mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvor-

fälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Stuttgart, den 25. April 2019

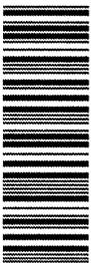
PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Carolin Schütt
Wirtschaftsprüferin



Thomas Büchler
Wirtschaftsprüfer





20000003915850